

Nairobi 2006 – Erwartungen und Enttäuschungen in der internationalen Klimapolitik

Udo E. Simonis

Im November 2006 fand in Nairobi, Kenia, eine große internationale Klimakonferenz statt. Diese Konferenz war, angesichts jüngster Ereignisse, mit hohen Erwartungen verknüpft. Nach allseitiger Einschätzung wurden diese nicht erfüllt, die internationale Klimapolitik machte keine echten Fortschritte.

Analyse:

Die äußeren Umstände für eine aktivere internationale Umweltpolitik waren vor der Konferenz in Nairobi günstig, die Tagungsordnung war ambitioniert; die sich bietenden Chancen wurden allerdings nicht genutzt.

- Es mangelte bei den Beteiligten an einer originären Konferenzstrategie, die vorher öffentlich hätte debattiert werden müssen.
- Ehrgeizigere Ziele im Rahmen eines Kyoto-II-Vertrages und die Stärkung umweltpolitischer Institutionen wurden gar nicht erst diskutiert.
- Eine erforderliche Nachjustierung der mit dem Kyoto-Protokoll vereinbarten Instrumente fand nicht statt.
- Einzig nennenswertes neues Angebot der EU war die Einrichtung eines moderat dimensionierten Energiefonds; andere Teilnehmer gingen keine weiteren Verpflichtungen ein.
- Eine Stärkung des unzureichend ausgestatteten Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) unterblieb.

Key words: Klimawandel, internationale Klimapolitik, Kyoto-Protokoll, Kyoto-II-Vertrag, Houston-Protokoll

Wir brauchen die Drohung, um zu wissen, was es zu bewahren gilt. Nur ihre Voraussicht lässt uns erkennen, was wir wirklich schätzen.

(Hans Jonas)

1. Alarmsignale und die Konferenzkarawane

Die äußeren Umstände für eine neue, aktivere Phase der internationalen Klimapolitik schienen günstig zu sein: Der Al-Gore-Film „An Unconvenient Truth“ (2006) wurde weltweit als Weckruf in Klimafragen empfunden; der Bericht von Sir Nicholas Stern über „The Economics of Climate Change“ (2006) zeigte, dass Warten nicht lohnt und die Kosten des Nichtstuns sehr hoch sein werden; das 30-Jahre-Update von „Grenzen des Wachstums“ des Meadows-Teams hatte das Thema „Overshoot“ (Grenzüberschreitung) in den Blickpunkt gerückt (2004/2006); Jared Diamond hatte die Bedingungen aufgezeigt, die ein ganzes Kollektiv handlungsunfähig machen können und zum Kollaps führen (2005); und das Bild vom ertrinkenden Eisbären (2006) galt vielen als Botschaft aus der Zukunft.

Auch in Deutschland schien ein Durchbruch zu mehr Zukunftsverantwortung (Johannes Rau) und klimapolitischer Dynamik möglich. Man konnte jedenfalls nur staunen, wie verbissen und engagiert in den letzten Wochen und Monaten um die Gesundheit von 80 Millionen Menschen und um die zukünftige Gesundheitspolitik gestritten wurde. Das müsste doch, so stand zu vermuten, auf ein wirklich großes Thema wie den Schutz des Klimas für derzeit 6,5 Milliarden Weltbürger, das „entscheidende Thema des Jahrhunderts“, irgendwie abfärben.

Wo aber war – verbissen und engagiert, bei uns und anderswo – der öffentliche Streit um die zukünftige internationale Klimapolitik? Denn darum ging es bei der UN-Klimakonferenz vom 6. bis 17. November 2006 in Nairobi, zu der sich rund 6.500 Experten aus aller Welt versammelt hatten. Wenig ist zu erwarten, wenn über ein solches Großereignis vorher nicht intensiv debattiert wird, im Parlament, in den Feuilletons, am Biertresen – und in den Eliteuniversitäten, Graduiertenschulen und Exzellenzclustern. Dann kommt die Karawane zwar, aber sie zieht unverrichteter Dinge weiter.

Auch dem ansonsten sprachgewaltigen Bundesumweltminister war keine originäre Strategie für Nairobi eingefallen – was sich über die meisten

seiner europäischen Kollegen allerdings ebenfalls sagen lässt. Warteten etwa auch die Umweltpolitiker in Berlin, wie viele andere Politiker, auf den Tag der Übernahme der Präsidentschaft von EU und G8, um sich ins rechte Licht zu setzen? Oder ist der Teil der Weltbevölkerung, der die Folgen klimapolitischer Untätigkeit drastisch zu spüren bekommen wird, eine zu vernachlässigende Größe? Lässt man den durch Klimaschäden bewirkten möglichen Verlust an Weltsozialprodukt einfach geschehen, läge er auch – wie Stern schätzt – in der Größenordnung von bis zu 20 Prozent?

Ein großer Disput um die Folgen des Klimawandels und um die beste Klimapolitik wäre also gewiss angezeigt gewesen. Denn ohne vorherige öffentliche Auseinandersetzung in eine Weltklimakonferenz zu gehen, ist nicht nur taktisch ungeschickt, sondern auch strategisch falsch: So nimmt man der Sache den Sinn für Dringlichkeit, zumal die Konferenz von Nairobi dank ihrer Multidimensionalität eigentlich ein Meilenstein der internationalen Klimapolitik hätte werden können.

2. Worum es in Nairobi hätte gehen müssen

Die UN-Konferenz von Nairobi 2006 war nämlich COP 12, MOP 2, AWG 2, SBSTA 25 und SBI 25 zugleich, das heißt: 12. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention, 2. Vertragsstaatenkonferenz des Kyoto-Protokolls, 2. Sitzung der Arbeitsgruppe über künftige Verpflichtungen, 25. Sitzung des Wissenschaftlichen und Technischen Beirats und 25. Treffen des Umsetzungsbeirats. Die Tagesordnung war auch entsprechend umfangreich, im Anspruch aber höchst bescheiden, sehr fachlich, wenig politisch. Es ging zwar um solche Themen wie weitere Verpflichtungen zur Emissionsreduzierung, um Mittel und Vergabemodus des neu geschaffenen Klimaanpassungsfonds (Climate Adaptation Fund) – und ein wenig auch um Gerechtigkeit beim Klimaschutz, in Form des Antrages des Inselstaates Tuvalu auf Rettungsmaßnahmen vor dem Untergang, wenn der Meeresspiegel weiter ansteigt. Doch wären Gore's Film, Stern's Report, Meadows' Update und Diamond's Analyse explizit oder auch nur implizit Grundlage der Konferenz gewesen, dann wäre Eile statt Langeweile geboten gewesen. Dann hätte es um ganz andere Tagesordnungspunkte gehen müssen: um die Architektur eines Kyoto-II-Vertrages, um ehrgeizigere Ziele, konkrete Zeit-

spannen, zusätzliche Maßnahmen, gestärkte Institutionen und die Einbindung weiterer Akteure in den Prozess der praktischen Klimapolitik.

Denn die Zeit drängt, was den Klimawandel selbst angeht, aber auch, was die bisherigen klimapolitischen Vereinbarungen betrifft: Das Kyoto-Protokoll läuft im Jahre 2012 aus – und es gibt keine echte Alternative zu einer völkerrechtlich vereinbarten internationalen Klimapolitik. Dass es keine klimapolitische Auszeit geben darf, dass das Zeitfenster für eine effektive Klimapolitik also äußerst schmal ist, zeigt selbst das bisher einzige Erfolgsbeispiel internationaler Umweltpolitik, das „Montreal-Protokoll zum Schutz der stratosphärischen Ozonschicht“.

Die Produktion der die Ozonschicht zerstörenden Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKWs) und Halone konnte zwar weitgehend beendet werden, doch das Ozonloch über der Antarktis ist zurzeit so groß wie nie zuvor. Obwohl das Montreal-Protokoll schon im Jahre 1987 unterzeichnet worden war, wird das Ozonloch sich wahrscheinlich nicht vor dem Jahr 2050 wieder schließen.

Die extreme Langlebigkeit der meisten Schadstoffe in der Atmosphäre macht auch den Klimawandel zu einem Dauerthema – und letztlich unumkehrbar. Und selbst wenn die Erderwärmung bis Ende dieses Jahrhunderts nicht, wie vom Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC 2001) für möglich gehalten wird, um bis zu 5,8 Grad Celsius steigt, sondern höchstens, wie vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU 2003) gefordert, um zwei Grad Celsius steigen darf, um einen gefährlichen Klimawandel zu verhindern (die „Schwelle zur Katastrophe“), dann müssen die globalen Treibhausgasemissionen möglichst schnell und bis zum Jahr 2050 um mindestens 50 Prozent reduziert werden.

Diese kolossale Aufgabe setzt viel mehr Radikalität in Bezug auf Strukturwandel, Lebensstile, Preise und Werte voraus, als bisher für gerade mal 36 Industrieländer im Kyoto-I-Vertrag vereinbart sind (siehe unten). Fazit: „Ökologischer Strukturwandel“, „ressourcenleichter Lebensstil“, „CO₂-arme Wirtschaft und Gesellschaft“ – so (oder ähnlich) hätte das strategische Motto für Nairobi lauten müssen.

Deutschland kann seine CO₂-Reduzierungsverpflichtungen bis zum Jahr 2012 noch schaffen, doch das „Europa der 25“ wird dies nicht mehr können. Die USA, Australien und Kanada haben

nicht nur nicht reduziert, sie haben zusätzlich emittiert, China, Indien sowie andere Schwellen- und Entwicklungsländer in besonderem Maße.¹

3. Ziele, Instrumente und Institutionen von Kyoto II

Der Klimawandel übersteigt den üblichen Horizont politischer Entscheidungen – sowohl räumlich, als auch zeitlich. Gerade deshalb wurden langfristige, internationale Verträge über eine gemeinsame Politik geschlossen. Die allseits zu beobachtenden Defizite in der Umsetzung dieser einmal beschlossenen Politik machen nun nicht nur die Überprüfung der Ziele, sondern auch die Schärfung oder Erweiterung des klimapolitischen Instrumentariums und die Stärkung der Kontrollinstitutionen erforderlich.

Während die UN-Klimarahmenkonvention ein ganzes Bündel von Instrumenten und Maßnahmen anspricht, vor allem solche lokaler und nationaler Art, wurden im Kyoto-Protokoll nur drei flexible, internationale Instrumente vereinbart – Instrumente zur Kooperation bei Projekten der Emissionsminderung und dem Handel mit Emissionszertifikaten:

1. Der Clean-Development-Mechanismus (CDM) ist seit gut einem Jahr in Kraft und hat mit seinen bisher zwischen Industrie- und Entwicklungsländern vereinbarten rund 1.200 Projekten ein Emissionsminderungspotenzial bis zum Jahr 2012 von etwa 1,4 Milliarden Tonnen CO₂.
2. Der Joint-Implementation-Mechanismus (JI) ist erst seit wenigen Wochen in Kraft – und hat ein Minderungspotenzial von mehreren Hundert Millionen Tonnen.
3. Das Potenzial des Emissionszertifikatehandels (ET) ist theoretisch weit größer, aber entscheidend abhängig von den staatlichen Reduzierungsvorgaben (den so genannten Caps, den quantitativen Emissionsgrenzen) und dem tatsächlichen Zertifikatepreis, der sich auf dem CO₂-Markt einstellt (also hoch oder eher niedrig sein kann).

Alle diese Mechanismen bedürfen zunächst und zuerst einmal der Nachjustierung: Der CDM

¹ Zu den aktuellen Emissionsdaten siehe die Website der UN-Klimarahmenkonvention: www.unfccc.org.

bringt bisher zu wenig für Afrika, während er in China boomt; der JI bedarf einer Energieeffizienzphilosophie im Empfängerland, die beispielsweise in den Ländern Osteuropas oder in Russland bisher nicht anzutreffen ist; der ET-Mechanismus in Europa wiederum ist zu lasch, zu kohlefreundlich, die Zertifikate werden verschenkt und nicht versteigert. Die EU-Kommission sieht sich nun dazu gezwungen, ihren eigenen, flexibel formulierten Vorgaben massiv gegensteuern und ein verschärftes und erweitertes System durchzusetzen. In anderen Regionen (wie Nordamerika oder Ostasien) und der Welt als ganzer muss ein Emissionszertifikatehandel überhaupt erst noch etabliert werden.

Es stellt sich aber auch die Frage, ob das bisherige Kyoto-Instrumentarium nicht ergänzt werden sollte. Jede nationale Politik beruht ja in ihrem Ausgabeverhalten auf Steuereinnahmen. Wieso soll das für die internationale Ebene nicht ebenfalls gelten? Die wissenschaftliche Literatur zu globalen Umweltproblemen behandelt eine Mengenlösung (Emissionszertifikate) und eine Preislösung (Steuern) jedenfalls grundsätzlich gleichwertig. Und der konkreten Vorschläge hierzu gibt es auch genug: Steuern auf Flugverkehr und Seetransport oder auch Einführung einer allgemeinen CO₂-Steuer.

Dem was theoretisch empfehlenswert und praktisch geboten ist, stehen jedoch massive partikulare Interessen entgegen. Insbesondere sieht es so aus, als ob die ökonomischen Globalisierer weiterhin billig reisen, investieren und handeln wollen, selbst wenn dabei globale ökologische Systeme aus den Fugen geraten.

Wo aber stehen die anderen Akteure? Gibt es neue Stakeholder in der internationalen Klimapolitik? Die EU vergaß, dass sie sich selbst gern und oft als „Vorreiter“ definiert hat. Ein Energiefonds, der die Kreditrisiken für Investitionen in klimafreundliche Technologien, vor allem in Afrika, übernehmen soll, war das einzig nennenswerte Angebot – zunächst auch nur in einer Größenordnung von unter 100 Mio. US\$, später dann von etwa 400 Mio. US\$. Die USA hielten sich diesmal eher im Hintergrund – und machten dabei gar ungewohnte Lockerungsübungen; landesweite Obergrenzen für Treibhausgase seien denkbar, so orakelte man. Die australische Regierung kündigte eine Klimaschutzinitiative an und erklärte sich grundsätzlich mit einem weltweiten Emissionszertifikatehandel einverstanden. Japan tat nur

wenig zur proaktiven Verteidigung des (in Japan ausgehandelten!) Kyoto-Protokolls. China, Brasilien und Indien sperrten sich gegen Zusagen zur Emissionsreduzierung und warteten erst einmal weiter ab. Selbst die sonst allseits aufmüppigen Inselstaaten fanden diesmal kein Sprachrohr.

Die Gruppe der Entwicklungsländer ist – von den kleinen Inselstaaten (Small Island Developing States) abgesehen – ökologisch noch immer nicht voll erwacht. Sie erinnern jedoch immer wieder, was die globale Umweltpolitik angeht, an das Prinzip der „gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung“. Und sie drängten diesmal darauf, dass der Klimaanpassungsfonds nicht nur operabel wird (so stand es auf der Tagesordnung), sondern dass in diesem Fonds mehr als die bisher avisierten 400 Mio. US\$ liegen. Dies ging aber nur mit einer selbstständigen Fondsstruktur und auf Basis eines dynamischen Fondsaufkommens, wozu immerhin die Grundlagen geschaffen wurden (zwei Prozentige Abgabe auf den Handel mit Emissionswerten).

Die afrikanischen Länder spielten diese Karten in Nairobi sogar sehr geschickt aus, weil sie zumindest zu ahnen scheinen, dass Afrika vom Klimawandel massiv betroffen sein wird, dass Dürre, Wassermangel und Ernährungskrisen drohen. Afrika ist schließlich der Erdteil, der zur globalen Umweltverschmutzung am wenigstens beiträgt, von deren Folgen aber wohl am stärksten tangiert werden wird.

Die afrikanischen Länder haben aber noch eine weitere, bisher ungenutzte Trumpfkarte in der Hand: Sie könnten nämlich für die Gesamtheit des Südens und mit Hilfe kluger Umweltdiplomaten das Prinzip „gleiche Emissionsrechte für alle“ einfordern, ein Vorschlag zur globalen Fairness, der Industrieländer und Entwicklungsländer klimapolitisch auf gleiche Ebene stellte (Wuppertal Institut 2006) – und so zu einer quasiautomatischen Umverteilung größeren Umfangs von Nord nach Süd führen könnte.

Die Nairobi-Konferenz 2006 hätte also das Mandat – oder eine politische Strategie – zur zügigen Aushandlung des Kyoto-II-Vertrages beschließen müssen, mit dem die Ziele konkretisiert, das Instrumentarium ergänzt und die institutionellen Mechanismen gestärkt hätten werden können. All dies aber wurde versäumt oder um Jahre verzögert.

4. Kyoto II und Houston-Protokoll

Es gibt aber auch noch einen weiteren wichtigen Gesichtspunkt, der in Nairobi nicht beachtet wurde: Viele von denen, die eine völkerrechtliche Behandlung und Lösung des Klimaproblems – und damit insbesondere das Kyoto-Protokoll – ablehnen oder geringschätzen, setzen auf die technologische Karte, auf so genannte „Leuchtturmprojekte“, auf strategische Innovationspolitik – von der Wasserstoffwirtschaft über die Kohlenstoffsequestrierung bis hin zu groß dimensionierten erneuerbaren Energien. Diesen Interessen könnte man durchaus ein Angebot in Bezug auf neue Partnerschaften machen – und so insbesondere den bisherigen klimapolitischen „Bremsern“ – USA, Australien, Kanada und anderen Ländern – entgegenkommen.

Die UN-Klimarahmenkonvention lässt nämlich grundsätzlich mehrere Umsetzungsprotokolle zu. Es ist also nicht nötig – und vielleicht auch nicht klug – die gesamte internationale Klimapolitik nur mit Hilfe eines ökonomisch orientierten Protokolls – des Kyoto-Protokolls – umsetzen zu wollen. Auch ein primär technologisch orientiertes Umsetzungsprotokoll könnte unter der Obhut der Klimarahmenkonvention ausgehandelt werden, beispielsweise in Houston, USA – das Houston-Protokoll.

In Rahmen der UN-Biodiversitätspolitik sind beispielsweise zwei Protokolle vereinbart (zur „biologischen Sicherheit“ und zur „biologischen Vielfalt der Küstenregionen“), ein weiteres (zum Schutz der Wälder und zur Wiederaufforstung – und damit zur Sicherung und Ausdehnung der Kohlenstoffsinkungen) ist zumindest im Gespräch. Mit einer solchen Doppelstrategie, einem zweispurigen Ansatz – Verbesserung des Kyoto-Protokolls (Kyoto II) und Schaffung eines Technologieprotokolls (Houston-Protokoll) – ließen sich, einigen Optimismus über die innere Dynamik der USA und deren Imitatoren unterstellt, nicht nur die bisherigen Boykotteure ins Feld der internationalen Klimapolitik (zurück)holen, sondern auch jene Außensteher, die sich mit ihrem niedrigen Entwicklungsstand aus der Verantwortung herausreden konnten – oder auf die ökologischen Schulden der Vergangenheit anderer verweisen, ohne an die rasch anwachsenden eigenen Schulden zu denken.

5. Und noch eine institutionelle Innovation

Es gibt noch eine andere große Idee, die vor der Nairobi-Konferenz 2006 nicht mehr diskutiert wurde und um die es in jüngster Zeit insgesamt recht still geworden ist. Die französische Regierung wollte vor nicht allzu langer Zeit aus dem finanziell und personell nur unzureichend ausgestatteten Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) eine Weltumweltorganisation (Global Environment Organisation – GEO) machen. Präsident Chirac ist immer noch im Amt, doch hat er seinen langjährigen deutschen Partner verloren. Ist das vielleicht der Grund dafür, dass niemand nach Nairobi fuhr, um das dort (!) ansässige UNEP endlich zu dem zu machen, was es sein sollte: zu einer effektiven, mit Entscheidungs- und Sanktionsgewalt ausgestatteten Umweltbehörde.

Das wäre in der Tat wichtig, nicht nur der zukünftigen Klimapolitik wegen; auch die Koordination der anderen Sektoralpolitiken bedarf dringend einer stärkeren Institutionalisierung im UN-System. Der Erhalt der Biodiversität, der Schutz der Böden, die Sicherung der Wasserversorgung, die Verhinderung der großräumigen chemischen Vergiftung, alle diese globalen Aufgaben sind vom Klimawandel tangiert – und mit diesem rückgekoppelt. Die Integration der entsprechend parzellierten globalen Umweltpolitiken zu einer systematischen, kohärenten Weltumweltpolitik (Simonis 2006) steht an, was immer auch im Einzelnen aus der Klimapolitik werden mag. Das ist eine gewaltige Aufgabe, eine Herausforderung für durchgreifende institutionelle Innovation.

Der scheidende Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, hat mehr „Leadership“ (Führerschaft) in Umweltfragen gefordert. Er selbst hat sie – aus welchen Gründen auch immer – nicht erbringen können. Vielleicht wollte er diese Forderung daher seinem Nachfolger, Ban Ki-moon, mit auf den Weg geben.

6. Fazit

Als ein den wahren Herausforderungen gerecht werdendes Ereignis wird die UN-Klimakonferenz 2006 nicht in die Geschichte eingehen – fast alle entscheidenden Fragen wurden auf die lange Bank geschoben. So stellt sich denn auch nach Nairobi die Grundsatzfrage, wie das Klimasystem vor dem Kollaps bewahrt werden kann, wenn die

(eher kurzfristigen) ökonomischen Interessen weiterhin die (eher langfristigen) ökologischen Interessen dominieren – wenn es zwar eine Weltbank (WB) und eine Welthandelsorganisation (WTO) gibt, aber keine Weltumweltorganisation (GEO).

Parität von Ökonomie und Ökologie ist das Mindeste, was zu schaffen wäre, wenn – wie Sir Nicholas Stern sagt – das Klimaproblem tatsächlich das größte Marktversagen ist, das es je gegeben hat („Climate change is the greatest market failure the world has ever seen“). Die internationale Klimapolitik braucht eine neue Dynamik, braucht „Vorreiter“ und „Nachbrenner“; sie braucht vor allem Fortschritt ohne Rücksicht auf mögliche Profiteure des Untergangs. Das aber wird es nur geben, wenn alle Akteure – Regierungen, Unternehmen, Bürger – nicht nur die Realität des Klimawandels akzeptieren, sondern auch die Verantwortung dafür: „Wir allein wissen und können zugleich. Oder zumindest wissen wir, dass wir können sollten“ (Paoli 2006).

Kioto hinaus denken – Klimaschutzstrategien für das 21. Jahrhundert. Sondergutachten, Berlin 2003.

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (Hrsg.): Fair Future. Begrenzte Ressourcen und Globale Gerechtigkeit, 3. Auflage, München 2006.

Literaturhinweise

Deutsche Umweltstiftung (Hrsg.): Zukunftsverantwortung. Reden von Bundespräsident Johannes Rau zu Natur- und Umweltschutz, München 2006.

Diamond, Jared: Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen, Frankfurt a. M. 2005.

Gore, Al: An Unconvenient Truth (Filmdokument und Buch), Washington D. C. 2006.

Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC): Climate Change, Cambridge 2001.

Meadows, Dennis et al.: Limits to Growth. The 30-Year Update, White River Junction 2004 (in Deutsch: Grenzen des Wachstums. Das 30-Jahre-Update, Stuttgart 2006).

Paoli, Guillaume: Wir sind die Verbrecher. Klimaschutz braucht Revolution, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. November 2006.

Simonis, Udo E.: Reform der Umweltpolitik der Vereinten Nationen, in: Johannes Varwick und Andreas Zimmermann (Hrsg.): Die Reform der Vereinten Nationen. Bilanz und Perspektiven, Berlin 2006, S. 229-242.

Stern, Nicholas: Stern Review on the Economics of Climate Change, London 2006.

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): Über

■ Der Autor

Prof. Dr. Dr. h. c. Udo E. Simonis ist Emeritus für Umweltpolitikforschung am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB). Er ist Ehrenmitglied des Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) und war Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Deutschen Übersee-Instituts (DÜI).

E-Mail: simonis@wz-berlin.de, Website: www.wz-berlin.de/alt/uta.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Der GIGA-Forschungsschwerpunkt 3 (Transformation in der Globalisierung) widmet sich in einer Arbeitsgruppe auch den umweltpolitischen Herausforderungen der Globalisierung.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Wolfgang Hein/Peter Fuchs (Hrsg.), *Globalisierung und ökologische Krise*, DÜI, Hamburg, 1999.

Schwerpunktheft Nord-Süd aktuell 3/2001: Land- und Forstwirtschaft und nachhaltige Entwicklung.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus Global* wird vom GIGA redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Joachim Betz; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German ■ Institute of Global and Area Studies

IMPRESSUM